

# Erbprinz plädiert für bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf



Erbprinz Alois drückte in seiner Rede den Opfern des Amoklaufs in einem Zug bei Salez sein Mitgefühl aus. (Foto: Zanghellini)

**Ansprachen** Im September stimmt das Volk über die Initiative «Familie und Beruf» ab. Um beides unter einen Hut zu bringen, sieht Erbprinz Alois allerdings noch weiteren Handlungsbedarf.

## VON DANIELA FRITZ

Sowohl Erbprinz Alois als auch Landtagspräsident Albert Frick würdigten in ihren Reden die wichtigen, aber schwierigen Reformen zur Sanierung des Staatshaushalts, der Gesundheit und Altersvorsorge oder zum Finanzplatz, welche in der bald endenden Legislaturperiode umgesetzt wurden. Ausruhen dürfe man sich darauf aber nicht, ermahnte der Erbprinz: «Wir müssen darauf achten, dass wir unsere gute Ausgangslage und unsere besondere Hand-

lungsfähigkeit erhalten.» Dazu seien weitere Reformen bei den Sozialversicherungen sowie Verbesserungen am Bildungssystem und der Standortattraktivität notwendig.

Ein besonderes Anliegen ist dem Thronfolger dabei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nicht zuletzt wegen der demographischen Entwicklung würden hier für die Unternehmen gute Lösungen immer bedeutender, um qualifiziertes Personal zu gewinnen - und zu halten. Dass sich die Wirtschaftskammer eigenverantwortlich damit beschäftigte und eine Initiative startete, die am 18. September zur Volksabstimmung steht, begrüßte Erbprinz Alois zwar. Dabei seien aber nicht alle Faktoren berücksichtigt worden, weshalb je nach Ausgang der Abstimmung zusätzliche Massnahmen getroffen werden müssten oder baldmöglichst eine Alternativlösung erarbeitet werden müsse. «Neben der

Neuregelung der Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen ist die mangelnde zeitliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf im ersten Lebensjahr des Kindes das grösste noch ungelöste Problem», gab er ebenfalls zu bedenken. Hier müssten Wirtschaft und Politik gemeinsam nach neuen Lösungen suchen.

## Stabilität als Zukunftsfaktor

Albert Frick betonte in seiner Rede, wie dankbar sich die Liechtensteiner schätzen können, in einem Land mit einem der höchsten Lebensstandards weltweit zu leben. Diese Er rungenschaft gelte es zu halten, wobei die Zukunft des Landes in erster Linie von dessen Stabilität abhängen. Nicht zuletzt das erneute AAA-Rating zeige, dass Liechtenstein auf gutem Weg sei: «Tragen wir Sorge dafür, dieses für uns so wichtige Gütezeichen von innerstaatlicher Stabilität nicht zu gefährden.» **Seiten 3 bis 11**

# Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Regierung sieht ebenfalls Handlungsbedarf



Strahlende Gesichter nach einer schwierigen – sich dem Ende neigenden – Legislaturperiode, von links: Regierungschef Adrian Hasler (FBP), Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer (VU), Regierungsrat Mauro Pedrazzini (FBP), Regierungsrätin Aurelia Frick (FBP) und Regierungsrätin Marlies Amann-Marxer (VU). (Fotos: Michael Zanghellini)

**Reaktionen** Das Thema Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf, das der Erbprinz in den Mittelpunkt seiner Ansprache gestellt hatte, stiess bei der Regierung auf Zustimmung. Der Weg dürfte aber schwierig werden.

VON HOLGER FRANKE

Im Grundsatz ist sich die Regierung einig. Familien sollen künftig besser unterstützt werden. Doch wie konkret? Darüber dürfte in den kommenden Wochen und Monaten intensiv diskutiert werden. «Die Politik hat sicher die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, aber auch der Erbprinz hat darauf hingewiesen,

dass auch die Unternehmer in der Verantwortung stehen. Es ist nun wirklich die Frage, wie man gute Modelle für die Zukunft entwickeln kann – besonders für das erste Lebensjahr der Kinder», sagte Regierungschef Adrian Hasler. Allerdings mahnte er auch, dass der Staat nicht überall aktiv werden und alles finanzieren könne. «Wir müssen auch in Zukunft darauf achten, dass wir mit unseren finanziellen Mitteln sorgsam umgehen», mahnte Hasler. Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer machte deutlich, dass es nicht ausschliesslich um die Finanzierung geht. Es gehe auch darum, Tagesabläufe zu optimieren. «Ich selbst habe drei Kinder und meine Frau ist immer schon berufst-

tätig gewesen – wir merken auch oft, dass es schwierig ist», sagte Zwiefelhofer. Auch Regierungsrat Mauro Pedrazzini sieht Handlungsbedarf, die Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen neu zu regeln. Dabei sei zu berücksichtigen, dass verschiedene Formen von Familienmodellen nebeneinander existieren können, und dass Elternteile wählen könnten. «Das ist etwas, das unserer Gesellschaft noch fehlt.» Sehr gute Ansätze sieht Pedrazzini bereits bei einigen Firmen. «Aber in der Breite muss noch viel mehr passieren.» Handlungsbedarf sieht auch Regierungsrätin Aurelia Frick. So seien 20 Wochen Mutterschaftsurlaub nach der Geburt international ein guter Schnitt. «Aber man kann noch

«Wir haben grosse Reformen angepackt und auch umgesetzt.»

ADRIAN HASLER  
REGIERUNGSCHEF

mehr tun. Wir möchten, dass junge Mütter und junge Väter auch zurück an den Arbeitsplatz können und im Arbeitsfeld integriert bleiben», so Frick. Regierungsrätin Marlies Amann-Marxer schloss sich dem Erbprinzen an, auch die Gemeinden stärker in die Verantwortung zu nehmen – aber auch die Wirtschaft: «Die Wirtschaft steht auch in der Verantwortung, die notwendigen Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung zu stellen und mitzufinanzieren», so Amann-Marxer.

**Erste Bilanz zum Ende der Legislatur** Landtagspräsident Albert Frick (FBP) hatte in seiner Ansprache zum Staatsfeiertag unter anderem die Arbeit der Politik in den vergangenen Jahren zum anstehenden Ende der Legislaturperiode positiv gewürdigt. Dies wird auch auf der Regierungsbank so gesehen. «Ja, Landtag

und Regierung haben wirklich wunderbar zusammengearbeitet. Wir hatten wirklich sehr viele schwierige Themen, wir haben grosse Reformen angepackt und auch umgesetzt», sagte Regierungschef Hasler. Allem voran stand bekanntlich die Sanierung des Staatshaushalts. «Ich muss dem Landtag wirklich das Kompliment aussprechen, dass er in dieser Zeit immer wieder unpopuläre Entscheide gefällt hat, um im Hinblick auf die Zukunft ein gutes Fundament zu schaffen. In dieser schwierigen Phase war das auch ganz ganz wichtig. Es war der Schlüssel zum Erfolg, dass wir so weit gekommen sind», so Hasler. Die Zusammenarbeit war offenbar so gut, dass man glatt in dieser Konstellation weitermachen könnte: «Auf jeden Fall, da bin ich ganz klar der Meinung», scherzte Adrian Hasler lachend.»

# Erbprinz Alois: «Im Interesse aller, dass viele Ja zu Kindern sagen»

**Rede** Erbprinz Alois ging in seiner Rede besonders auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Es sei dies nicht nur wichtig, um Fachkräfte zu gewinnen, sondern «zudem einer der entscheidenden Erfolgsfaktoren für unsere Gesellschaft».

**L**iebe Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner Europa durchgeht eine Zeit von Umbrüchen und grosser Unsicherheit. Die britische Bevölkerung hat sich für einen Austritt aus der EU ausgesprochen, die finanzielle Lage in etlichen Eurostaaten ist weiterhin kritisch und eine nachhaltige Lösung der Flüchtlingsproblematik ist nicht absehbar. Die Uneinigkeit zwischen den EU-Staaten über den richtigen Weg für die Zukunft erschwert die Lage noch zusätzlich.

Dank der EWR-Mitgliedschaft und den Verträgen mit der Schweiz hat Liechtenstein eine für diese kritische Phase ideale Form der europäischen Integration. Es gibt aber auch noch weitere Gründe, warum wir im Vergleich zu anderen Staaten zuversichtlich in die Zukunft schauen können. Wir verfügen über eine sehr grosse politische und wirtschaftliche Stabilität, was gerade heute besonders gefragt ist. Die politische Stabilität verdanken wir unserer besonderen Staatsform und den hervorragenden Beziehungen zu unseren ebenfalls sehr stabilen Nachbarstaaten. Die wirtschaftliche Stabilität beruht auf der breiten Diversifikation des Wirtschaftsstandortes und der starken internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Hinzu kommen eine sehr gut ausgebildete Bevölkerung, attraktive Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sowie die Bürgernähe und Reaktionsschnelligkeit unseres Staatssystems.

Ausserdem haben wir im Unterschied zu vielen anderen Staaten in letzter Zeit erfolgreich schwierige Reformen in den Bereichen Finanzplatz, Gesundheit und Altersvorsorge sowie zur Sanierung des Staatshaushalts umgesetzt. Dadurch haben wir nicht nur unsere Ausgangslage für die Zukunft verbessert, sondern auch in eindrücklicher Weise Handlungsfähigkeit bewiesen. Wir können uns darüber berechtigt freuen und optimistisch in die Zukunft schauen.

Das internationale Umfeld wird jedoch in den nächsten Jahren schwierig bleiben und die demografische Entwicklung eine grosse Herausforderung bedeuten. Daher dürfen wir uns jetzt nicht einfach ausruhen. Wir müssen darauf achten, dass wir uns unsere gute Ausgangslage und unsere besondere Handlungsfähigkeit erhalten. Dazu benötigen wir in

den nächsten Jahren weitere Reformen im Bereich der Sozialversicherungen sowie kontinuierliche Verbesserungen an unserem Bildungssystem und unserer Standortattraktivität. Ebenso muss der Entwicklung des Staatshaushalts besonderes Augenmerk geschenkt werden. Eine weitere Grundvoraussetzung für unsere Handlungsfähigkeit ist ein schlanker, aber starker Staat, der seine Muskeln am richtigen Ort hat und auf die Eigenverantwortung beziehungsweise Eigeninitiative seiner Bürger setzt. Dies müssen wir auch bei künftigen Reformen beachten.

Bereits nächsten Monat werden Sie im Rahmen einer Volksabstimmung über einen Reformvorschlag zur Neuregelung der Finanzierung von Kindertagesstätten entscheiden. Nicht zuletzt wegen der demografischen Entwicklung in Europa werden für die Unternehmen gute Lösungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer bedeutender, um qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu halten. Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, wird zudem einer der entscheidenden Erfolgsfaktoren unserer Gesellschaft werden.

Es ist deshalb sehr erfreulich, dass sich die Wirtschaft damit intensiv beschäftigt und Eigenverantwortung beziehungsweise Eigeninitiative gezeigt hat. Zudem ist es sinnvoll, über einen besseren Einsatz der Gelder der Familienausgleichskasse nachzudenken. Da unsere Unternehmen die Familienausgleichskasse praktisch zur Gänze finanzieren, sollten Umstellungen in diesem Bereich auch nur in enger Abstimmung mit der Wirtschaft erfolgen. Zudem wäre die Finanzierung der Kinderbetreuungseinrichtungen primär eine Aufgabe der Unternehmen und der Eltern. Der Staat sollte nur dann subsidiär unterstützend eingreifen, wenn sich Familien diese nicht leisten können. So kann auch am besten eine Gleichbehandlung zwischen den verschiedenen Betreuungsmodellen sichergestellt werden. Zugunsten der Betreuung seiner Kinder auf eine Arbeitsstelle und ein zweites Gehalt grösstenteils oder ganz zu verzichten, muss nämlich ein gleichberechtigtes Modell bleiben, das besondere Anerkennung verdient.

Dort, wo der Staat zur Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen beiträgt, kann man sich zusätzlich die Frage stellen, ob dies besser durch das Land oder durch die Ge-

meinden erfolgen soll. Die Gemeinden stellen bereits vielfach die Infrastruktur für die Kindertagesstätte zur Verfügung. Da Staatsaufgaben auch im Sinne von klaren Verantwortlichkeiten möglichst nicht zwischen Land und Gemeinden geteilt werden sollten, spricht vieles dafür, dass die Gemeinden auch die subsidiäre Finanzierung der Kindertagesstätten und weiteren Kinderbetreuungseinrichtungen wie der Tagesmütter übernehmen.

Der Initiativvorschlag entspricht diesen Überlegungen nur teilweise. Wir benötigen aber eine rasche Neuregelung der Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen. Falls der Initiativvorschlag angenommen wird, sollten daher zusätzlich nötige Massnahmen schnell getroffen werden. Falls der Initiativvorschlag abgelehnt wird, sollte gleich mit der Arbeit an einer Alternativlösung begonnen werden.

Neben der Neuregelung der Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen ist die mangelnde zeitliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf im ersten Lebensjahr des Kindes das grösste noch ungelöste Problem. Viele Mütter und Väter wollen aus guten Gründen ihr Kind in seiner ersten Lebensphase selbst betreuen, machen jedoch folgende Erfahrung: Wer sowohl dem Beruf als auch dem kleinen Kind gerecht werden will, ist chronisch überlastet und kann letztlich weder dem Beruf noch dem Kind gerecht werden.

Warum ist dieses Thema nicht nur für die betroffenen Eltern, sondern für das ganze Land wichtig? Die neuere wissenschaftlichen Erkenntnisse sagen uns deutlich, dass eine stabile, sichere Bindung des Säuglings zu seinen Eltern, Mutter oder Vater, eine wichtige Voraussetzung für die langfristige seelische Gesundheit des Menschen ist. Besonders im ersten Lebensjahr

des Kindes ist im Normalfall die elterliche Betreuung des Kindes einer noch so guten Fremdbetreuung vorzuziehen, und es entspricht auch dem Wunsch vieler junger Eltern, die Kinder in diesem Alter selbst betreuen zu können. In unser aller Interesse sollten wir daher nach Lösungen suchen, wie Eltern ihre Kleinkinder selbst betreuen können, ohne ihre Stelle aufgeben oder berufliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Jene Unternehmen, die das weibliche Arbeitskräftepotenzial ausschöpfen wollen, investieren kluger-

weise in die immer bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit dem Ausbau des Angebots an Kindertagesstätten wurden und werden diesbezüglich grosse Fortschritte erzielt. Bei den Kleinstkindern erreicht diese Strategie jedoch ihre Grenze. Die Lösung des Vereinbarkeitsproblems liegt nicht darin, bereits für die Säuglinge flächendeckend Kitaplätze anzubieten. Dies würde dem Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Eltern widersprechen und wäre für eine fachlich einwandfreie Betreuung sehr aufwendig.

Attraktiv sind Arbeitsplätze für Eltern vielmehr dann, wenn sie zum Beispiel nach der Geburt eines Kindes ohne Nachteile für die Karriere Elternurlaub und Teilzeitarbeit in Anspruch nehmen können, wenn sie ihre Arbeitszeit möglichst selbst steuern können oder wenn Sitzungen nicht frühmorgens oder abends stattfinden. Ausserdem können Arbeitsplätze, bei denen ein grosser Teil der Arbeit von zu Hause aus erledigt werden kann, vieles erleichtern. Die heutige Technik eröffnet in dieser Hinsicht ganz neue Möglichkeiten. Ich bin überzeugt: Unternehmen, die für das Vereinbarkeitsproblem im ersten Lebensjahr des Kindes attraktive Lösungen anbieten, werden zukünftig leichter qualifizierte Fachkräfte finden und auch im Fall einer Elternschaft halten können.

Auch aufseiten der Politik wird zu überlegen sein, wie wir solche Ansätze der Wirtschaft unterstützen können. Dazu könnte nach einer Neuregelung der Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Regierung, der Unternehmen und mit Fachleuten eingesetzt werden, die die Suche nach neuen, kreativen und attraktiven Lösungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im ersten Lebensjahr des Kindes un-

terstützt. Viele Unternehmen widmen sich heute schon sehr aktiv diesem gesellschaftspolitisch und wirtschaftspolitisch wichtigen Thema und suchen mit grosser Anstrengung nach neuen Möglichkeiten. Ein regelmässiger Erfahrungsaustausch der Unternehmen untereinander könnte eine breite und rasche Umsetzung guter Lösungen in Liechtenstein fördern, was letztlich auch die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes insgesamt steigern würde. Je bessere Lösungen wir für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf finden, desto leichter wird es auch,



Erbprinz Alois: «Wir sollten nach Lösungen suchen, wie Eltern ihre Kleinkinder selbst betreuen können, ohne ihre Stelle aufgeben oder berufliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen». (Fotos: Michael Zanghellini/Hannes Matt)

Ja zu Kindern zu sagen. Besonders wegen der bereits erwähnten demografischen Entwicklung ist es in unserer aller langfristigen Interesse, dass möglichst viele Ja zu Kindern sagen.

Liebe Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner Am Ende einer schwierigen Legislaturperiode können wir zu Recht stolz auf unser Land sein und optimistisch in die Zukunft blicken. Wir bleiben aber gefordert. Lasst uns daher alle gemeinsam darauf achten, unsere gute Ausgangslage und unsere Handlungsfähigkeit zu erhalten.

«Wir müssen darauf achten, dass wir unsere gute Ausgangslage und unsere besondere Handlungsfähigkeit erhalten.»

«Wer sowohl dem Beruf als auch dem kleinen Kind gerecht werden will, ist chronisch überlastet.»

## Stimmen zu den Staatsfeiertagsansprachen



«Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist natürlich ein wichtiges Thema. Die Stossrichtung des Erbprinzen finde ich gut, seinen Aussagen kann ich vollkommen beipflichten. Zudem finde ich die Besinnung auf die traditionellen Werte des Landes wichtig und wertvoll.»

CHRISTIAN BATLINER  
LANDTAGSABGEORDNETER, FPB



«Ich kann dem Erbprinzen nur Recht geben. Seine Ansprache war wichtig, denn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss gefördert werden. Handlungsbedarf ist auf jeden Fall gegeben, ich denke dabei insbesondere an die vielen gut ausgebildeten Frauen in unserem Land.»

MARIA KAISER-EBERLE  
VORSTEHERIN VON RUGGELL



«Der Erbprinz und der Landtagspräsident haben in ihren Ansprachen betont, dass Regierung und Landtag in einer schwierigen Legislatur Handlungsfähigkeit bewiesen haben. Dem pflichte ich bei und so muss es auch in Zukunft unbedingt weitergehen.»

ELFRIED HASLER  
LANDTAGSABGEORDNETER, FPB



«Das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf finde ich sehr wichtig. Noch sind aber noch nicht alle Fragen geklärt. Es sollten in dieser Sache aber endlich einige Schritte vorwärts gemacht werden – auf jeden Fall wäre es falsch, wenn wieder gar nichts passieren würde.»

DANIEL HILTI  
VORSTEHER VON SCHAAN



«Wir haben es in Liechtenstein sehr gut. Das gilt es auf jeden Fall beizubehalten. Ein aktuelles Thema ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Auch auf der Ebene der weiterführenden Schulen gäbe es noch viel Potenzial, um die Situation für Eltern zu verbessern.»

EUGEN NÄGELI  
LANDTAGSABGEORDNETER, FPB